

WIRTSCHAFT

Von Thomas Wüpper

BERLIN. Kay-Uwe May redet Klartext, zumindest intern: „Wir erleben unsere Organisation derzeit als langsam, schwerfällig, abstimmungsverliebt und entscheidungsschwach. Das ist so, weil jeweils viel zu viele Stellen mit am Tisch sitzen. Wir haben Verantwortung immer kleiner gehackt.“ Das ziemlich vernichtende Urteil über Zustand und Entwicklung der Deutschen Bahn AG kommt von einem, der es wissen muss: May ist Leiter Transformation und Organisation des größten Staatskonzerns – und federführend bei der begonnenen Verschlinkung des verlustreichen und hoch verschuldeten Mobilitätsunternehmens mit seinen noch mehr als 222 000 Beschäftigten.

Bis 2027 soll das Personal um 10 000 bis 15 000 Vollzeitstellen schrumpfen, vor allem in den administrativen Bereichen, so sieht es das Sanierungsprogramm S3 des nur noch kommissarisch tätigen DB-Chefs Richard Lutz vor. Auch in dessen unmittelbarem Zuständigkeitsbereich wucherte über die Jahre ein Dschungel von Abteilungen. Allein im Geschäftsbereich GN Kommunikation und Marketing, der Lutz direkt zugeordnet ist, beschäftigte und bezahlte das Bundesunternehmen bisher rund 250 Personen in 29 Organisationseinheiten.



Foto: dpa/Michael Kappeler

Ist nur noch wenige Wochen auf seinem Posten: Bahn-Chef Richard Lutz.

„Die Zahl der Org-Kästchen wächst seit Jahren“, kritisiert May. Und das vor allem in den indirekten Bereichen: „Da müssen wir ran, auch wenn das weh tut.“ „Bis zu 25 Prozent weniger Stellen im Overhead“. Die klaren Ansagen stammen aus vertraulichen Informationen für die DB-Führungskräfte, die unserer Redaktion exklusiv vorliegen. May und Nicole Mommsen, Leiterin



Die Deutsche Bahn ist im Umbruch begriffen. Das spüren die Passagiere – und das DB-Personal.

Foto: imago/Arnulf Hettrich

Rotstift in der PR-Abteilung

Allein im Vorstandsbereich Kommunikation und Marketing beschäftigt die DB AG rund 250 Mitarbeiter. Schon vor dem Lutz-Abgang wird umgebaut – was intern viel Unruhe und Kritik auslöst.

des Unternehmens und vor allem der Konzernspitze öffentlich in bestem Licht darzu-

zernspitze rückt. Ob Mommsen selbst nach dem bevorstehenden Abgang von Lutz ihren

nur drei Bereichsleiter. Nun gebe es fünf Ressorts, die direkt an Mommsen berichten und

DIW erwartet 2026 deutlichen Aufschwung

DIW-Präsident Fratzscher fordert: Reiche sollen mehr zahlen und Subventionen sollen fallen.

BERLIN. Das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) sieht in der Konjunkturflaute Licht am Ende des Tunnels. Dieses Jahr dürfte die deutsche Wirtschaft zwar nur minimal um 0,2 Prozent wachsen, danach werde es aber deutlich aufwärtsgehen. So prognostiziert das DIW für 2026 ein Wachstum von 1,7 Prozent und für 2027 von 1,8 Prozent, wie das Institut in Berlin mitteilt. „Nach dem Zickzackkurs im ersten Halbjahr findet die deutsche Wirtschaft fortan in die Spur und nimmt mehr und mehr Fahrt auf“, so die Ökonomen.

Mit seiner Prognose reiht sich das DIW ein unter führende Wirtschaftsforschungsinstitute wie das Ifo und das Essener RWI, die ebenfalls kaum Wachstum für 2025 erwarten. Beim Ausblick auf die kommenden Jahre ist das DIW aber deutlich zuversichtlicher.

Als Treiber erwiesen sich die Milliardenpakete für Infrastruktur, Klimaschutz und Verteidigung sowie Anreize für private Investitionen. „Die Bundesregierung hat die Weichen für den Aufschwung gestellt“, sagte DIW-Konjunkturchefin Geraldine Dany-Knedlik. Die expansive Finanzpolitik kassiere aber nur strukturelle Probleme, etwa in der Industrie.

Auch der Konsum der Verbraucher stütze die Wirtschaft, wenngleich Sorgen vor einem Jobverlust die Kauflaune trübten. Wachsende Reallöhne und die gefallene Inflation wirken positiv, so das DIW. Der Export werde dagegen durch den Zollstreit mit den USA ausgebremst.

zum 1. September abgeschlossen wurde. Bis 2027 sollen demnach die Zahl der Vollzeitstellen um 60 auf noch 190 schrumpfen und die Zahl der Organisationseinheiten von 29 auf 14 mehr als halbiert werden. „Das ist auch die Größenordnung, die wir für die DB insgesamt angesetzt haben: 20 bis 25 Prozent weniger Stellen im Overhead“, betont May.

Kritiker wie Claus Weselsky dürfen sich bestätigt sehen. Der frühere Vorsitzende der Gewerkschaft Deutsche Lokführer warnte früh und über Jahre immer eindringlicher davor, dass die DB-Holding im Berliner Glas-tower am Potsdamer Platz sich zusehends enorm aufblähte, während an der Basis rigoro- gespart wurde und Mitarbeiter fehlten, im Zug ebenso wie an Bahnhöfen und in Stellwerken.

Lange schienen die offensichtlichen Fehlentwicklungen aber wechselnde Bun- desregierungen wenig zu interessieren – bis der Staatskonzern nun endgültig zum schweren Sanierungsfall geworden ist.

Der Vorstandsbereich GN Kommunika- tion und Marketing steht geradezu exemplar- isch für diese Entwicklung. G kennzeichnet alle Sparten, die direkt dem DB-Chef zuge- ordnet sind. „G wie Gott“, spottet ein Insider. Hier geht es darum, Geschäfte und Projekte

te Expansion in aller Welt, explodierende Verschuldung, marode Infrastruktur, unsi- chere ICE-Achsen, das Desaster bei Stuttgart 21, die wachsenden Probleme wurden in den offiziellen Verlautbarungen lange Zeit oft skrupellos beschönigt – obwohl das wich- tigste Bundesunternehmen, das die Bürger mit ihren Steuergeldern maßgeblich finan- zieren, eigentlich glänzendes Vorbild sein sollte für transparente und ehrliche Kommu- nikation.

PR-Chefin Mommsen ist in dem internen Dialog bemüht, den Umbau und die Ein- schnitte möglichst positiv darzustellen. Man habe bereits Doppelstrukturen mit den Ge- schäftsfeldern abgebaut und sich ange- schaut, „was wir künftig ohne Einbußen bei der Qualität weglassen können“. Bereits vor- riges Jahr habe sich das Team neu aufgestellt, zum 1. September sei man nun als Teil der Konzernleitung den nächsten Schritt gegan- gen. „Eine solch weitreichende Reorganisa- tion gab es in der Konzernleitung noch nie“, betont Mommsen, die erst vor knapp zwei Jahren von VW zur DB wechselte.

Es gebe „viele schmerzliche Abschiede und massive Veränderungen in unseren ge- wohntesten Arbeitsweisen“, räumt die Manage- rin ein. Das erzeuge „natürlich Unruhe“. Zu- mal bisher offen ist, wer künftig an die Kon-

Arbeit. Die frühere Journalistin, die für Bloom- berg und danach in Führungspositionen bei Brunswick, Merck, Goldman Sachs und VW arbeitete, hat in der DB-Holding als Nachfol- gerin des langjährigen Kommunikations- chefs Oliver Schumacher keinen leichten Stand. „Zu viele Plattitüden und PR-Sprech“, heißt es intern. Die beständige Schönfärbe- rei erinnert manche gar „an die letzten Ta- gen der untergehende DDR“.

Auch die neue Organisation halten Kriti- ker für zu aufgeblasen. Unter Schumacher habe es kurze Abstimmungswege zum Vor- standschef gegeben, klare Zuordnungen und

Schwierige Finanzsituation

Vertraulich: „Wir sind als Unternehmen derzeit nicht in der Lage, uns selbst nach- haltig zu (re-)finanzieren“, sagt DB-Manager Kay-Uwe May, Leiter Transformation und Organisation, im ver- traulichen Austausch der Führungskräfte. Die Ergeb- nisse reichten nicht aus, die Investitionen mit Eigenmit- teln zu bestreiten.

Konkret: „Die Jahreslücke liegt bei rund zwei Milliar- den Euro beim Ebit – und dafür können wir nicht dauerhaft Schulden machen oder den Steuerzahler in die Pflicht nehmen.“ Deshalb müsse man Strukturen und Personalumfang regelmäßig prüfen. Das habe man im Overhead „in den letzten Jahren etwas schleifen las-

sen“, räumt der Manager leicht selbstkritisch ein.

Nachfolge Richard Lutz führt die Bahn AG nur noch kommissarisch. Verkehrsmini- ster Patrick Schnieder (CDU) will die Bahn-Strate- gie am 22. September vorle- gen. Dann könnte klar sein, wer sie als Lutz' Nachfolger umsetzen soll. *wüp*

Revolutionen der Unternehmen zu stärken, etwa durch Investitionen in Digitalisierung und KI. Zudem müsse die Politik das Steuer- und Sozialsystem reformieren und Ausgaben senken – auch wenn es beim Bürgergeld oder Geflüchteten „kaum Ein- sparpotenzial“ gebe. Dafür solle die Bundes- regierung milliardenschwere klimaschädli- che Subventionen abbauen. Fratzscher plä- diert ferner dafür, steuerliche Privilegien ab- zuschaffen, etwa bei großen Erbschaften oder Immobiliengewinnen, und große Ver- mögen stärker zu besteuern. *dpa*

IFA in Berlin hat begonnen

BERLIN. Mit dem Eröffnungsrundgang mit Bundes- und Landespolitikern hat die Tech- nik-Messe IFA in Berlin begonnen. „Die IFA ist eine unserer Leitmessen“, so Berlins Re- gierender Bürgermeister Kai Wegner (CDU). Er ließ sich mit seiner Wirtschaftssenatorin Franziska Giffey (SPD) Kaffeemaschinen, Handys, Kühlschränke oder Grills vorführen. Wegner sagte, er erwarte dieses Jahr mehr Fachbesucher als bei der vorigen IFA. Für Privatbesucher hat die IFA am Freitag geöff- net. Rund 1900 Aussteller zeigen dort bis einschließlich Dienstag die neuesten Pro- dukte rund um Heimelektronik, Gaming und digitale Gesundheit. Zentrale Themen sind laut Veranstalter auch in diesem Jahr Künst- liche Intelligenz sowie Nachhaltigkeit. *dpa*

Familien können bis zu 1000 Euro im Jahr sparen

Erdgas ist in Stuttgart gerade so günstig wie das ganze Jahr noch nicht. Wer jetzt den Anbieter wechselt, kann teils Hunderte Euro sparen.

Von Jonas Schöll

STUTTGART. Wer in Stuttgart derzeit einen neuen Vertrag mit einem Gasanbieter abschließt, muss dafür deutlich weniger zahlen als noch Anfang des Jahres. Eine Analyse des Vergleichsportals Verivox zeigt, dass man- che Haushalte in Einfamilienhäusern durch die Auswahl des richtigen Gastarifs aktuell fast 1000 Euro pro Jahr einsparen können. Ein Wechsel lohnt sich demnach vor allem für Haushalte, die noch in der – meist teure- ren – örtlichen Grundversorgung stecken.

Wegen eines Überangebots am Welt- markt haben die Großhandelspreise für Gas im August mit durchschnittlich rund 3,3



Sparen beim Gas Foto: Adobe Stock/Klaus Rein

Cent pro Kilowattstunde den niedrigsten Monatswert in diesem Jahr erreicht. „Wett- bewerbsorientierte Gasversorger geben die- sen Preisnachlass weiter und versuchen so, Neukunden zu gewinnen“, sagt Verivox-Ener- gieexperte Thorsten Storck.

Für Verbraucher in Stuttgart können die gesunkenen Gaspreise deutliche Einsparun- gen zur Folge haben. Im Frühjahr 2025 hatte

der durchschnittliche Preis für eine Kilo- wattstunde der günstigsten Gasangebote für Neukunden noch bei rund zehn Cent (brutto inklusive Grundpreis) gelegen. Im Verlauf des Sommers sank er auf etwa neun Cent pro Kilowattstunde.

Das macht sich im Geldbeutel bemerkbar: Bei einem Einfamilienhaus mit einem Jah- resverbrauch von 20 000 kWh (drei bis vier Personen) liegen die jährlichen Heizkosten bei einem Kilowattstundenpreis von neun Cent bei 1800 Euro, rechnet das Vergleichs- portal vor. Wer sich hingegen noch nie um einen günstigeren Gastarif gekümmert habe und zu den Bedingungen der örtlichen Grundversorgung beliefert werde, zahle rund 14 Cent pro Kilowattstunde. Dies be- deute jährliche Heizkosten von rund 2800 Euro und damit 1000 Euro mehr pro Jahr.

Zum Beispiel bei Baden-Württembergs großem Energieversorger EnBW liegt der Preis im örtlichen Grundversorgungstarif (EnBW Erdgas Plus) pro Kilowattstunde der- zeit bei rund 14,9 Cent (brutto inklusive

Grundpreis). „Besonders Gaskunden, die noch zu Preisen aus den Zeiten der Energie- krise 2022 und 2023 beliefert werden, sollten einen kritischen Blick auf ihren aktuellen Gastarif werfen“, empfiehlt Storck. Mög- licherweise bezahlten sie „viel mehr als not- wendig“.

Grundsätzlich kann der Abschluss eines neuen Vertrags mit zwölfmonatigen Preis- garantie in diesem Herbst demnach auch vor möglicherweise erneut steigenden Gasnetz- entgelten schützen. Die Gasnetzgebühren waren zwischen 2024 und 2025 im bundes- weiten Schnitt um mehr als 20 Prozent ange- stiegen. Das führte vielerorts zu Preiserhö- hungen.

„Wie sich die Gasnetzgebühren im kom- menden Jahr entwickeln werden, ist noch ungewiss, da die Netzbetreiber die Gebühren für das kommende Jahr erst im Oktober ver- öffentlichen werden“, erklärte Storck. „Wir gehen aber davon aus, dass sie dem langfris- tigen Trend folgen und auch im nächsten Jahr erneut höher ausfallen werden.“